

Donnersbach, Kammern, 11. September 2024

- BKR LKR Barbara **KAPAUN-LERCHBAUM** GF. Obfrau UBV Steiermark
- BKR Ing. Andreas **RACZ**, Obmann Stellvertreter UBV Steiermark
- BKR Ing. Georg **KÖNIG**, Vorstandsmitglied UBV Steiermark
- BKR Peter **MÜLLER**, BKR Reinhard **DULLNIGG**
- Rudi **GUTJAHR**, neuer UBV Sprecher Mürztal
- LKR Johann **ILSINGER**, Obmann UBV Steiermark
- LKR Mag. Gerhard **MARIACHER**, Kassier UBV Steiermark

1

UBV Steiermark – PRESSEINFORMATION

Bauerneinkommen sinken – dafür steigen die Auflagen & Schikanen endlos! Bauernvertreter leben in einer Blase fernab der Realität und schweigen!

Bereits im April 2024 erklärte der Präsident der LK Österreich, Josef Moosbrugger, die Einkommen der Bauern gehen laut grünem Bericht wieder zurück. Es brauche ein Einkommen zum Auskommen. Mit Vorliegen des aktuellen grünen Berichts im September bedeutet dies konkret ein **Minus von rund 14% bei den Einkommen der Bauern!** Nimmt man die Inflation zu 2023 dazu, die bei rund 7,8% liegt, dann sieht man, wie desaströs die Einkommen bei den Bauern wieder waren.

Diese Erkenntnisse erfolgen aber wieder einmal komplett unter Ausblendung der Öffentlichkeit. Agrarminister Norbert Totschnig ließ dafür von vielen „Experten“, die zu 98% nicht von dem Leben, was sie in der Landwirtschaft verdienen – aber gut von den Bauern und mit den Agrargeldern leben, die Visionen 2028+ erarbeiten.

Auch wenn man beiden ein ernsthaftes Bemühen nicht absprechen will, dass - was dabei rauskommt, ist im Grunde zum Krenreiben. Die parteipolitischen Fesseln lassen beide nicht so agieren, wie das der Bauernstand brauchen würde, um wieder Einkommen zu erwirtschaften. Bei den Aussagen von Moosbrugger wie bei Totschnigs Visionen 2028+ sind die Formulierungen immer in der Möglichkeitsform gehalten.

Man „sollte, man könnte, man müsste überlegen, es sei zu bedenken, es kann erwartet werden, man müsse usw. und so fort. Oder wenn es wo offene Fragen wie beim Thema Kuh + oder den schrankenlosen Import von z.B. Getreide, Fleisch usw. aus der Ukraine geht, da sei man dann nicht zuständig! Oder – das komme aus Brüssel, wir müssen es nur umsetzen!!!

Wofür ist eine Bauernvertretung dann zuständig? Aus unserer Sicht sollte sie sich bei allen wichtigen Fragen für Bauern einmischen, äußern, eine Meinung haben – zuständig sein. Sie sollten mit aller Kraft die Bauern vertreten! Wenn ein Unternehmer so denken oder ticken würde – wie dies derzeit die Bauernvertretung tut, wäre er in 14 Tagen im Konkurs.

Man muss sich in dem Zusammenhang auch fragen: was hat die Agrarpolitik unter der Federführung des Bauernbundes in den letzten - bald 40 Jahren, wo man den Agrarminister gestellt hat, konkret getan, wenn man jetzt überlegt, was man tun müsste?? Fakt ist, der Bauernstand hat sich seit 1986 von rund 300.000 Betriebe auf knapp 1/3 – rund 110.000 Betriebe reduziert.

UBV Steiermark: LKR Johann Ilsinger, UBV-Obmann Steiermark, Tel.: +43 664 1065 065

Beispiel Kaufkraftverlust:

Um konkret an einem Beispiel zu erklären, wie groß die Schieflage bei den Einkommen der Bauern ist, ein Beispiel mit der Milch. Vor rund 30 Jahren konnte man sich als Bauer mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 2-3 Wurstsemmel kaufen. Oder 1 Liter Diesel. Heute muss man 3-4 Liter Milch verkaufen, damit man sich 1 Wurstsemmel oder 1 Liter Diesel kaufen kann.

Bezogen auf öffentliche Gelder, die als Ausgleich dienen sollen, um die Absenkung der Erzeugerpreise abzuf puffern müsste man heute anstatt 100 Euro/Maßnahme 200 Euro bekommen. Seit 1994 haben wir eine Inflation von rund 100%. D.h., die gezahlten Ausgleichsgelder sind im Vergleich zu 1994 nichts mehr wert.

2

Es gibt keine einzige Berufsgruppe, wo dies so der Fall ist bzw. wer sich das gefallen lässt! Siehe dazu bitte auch die Ergänzungen „Über den Zustand des Bauernstandes! Nachstehend noch der Vergleich der Einkommen mit anderen Berufsgruppen

Ein Blick in die Statistik zeigt, wo die Bauern im Vergleich mit anderen Berufen beim Einkommen stehen.

Vergleich Brutto-Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr*):

- Arbeiter und Arbeiterinnen 30.030//13.434 EUR
- Angestellte 49.642//26.953 EUR
- Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde) 43.971//34.134 EUR
- Beamte und Beamtinnen 61.673 EUR
- Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet die Bauerneinkommen (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet mit 32.146 EUR schön. Dazu kommt, für die Berechnung der Bauerneinkommen werden 2.160 Arbeitsstunden im Jahr angesetzt, im restlichen Vergleich werden 1.670 Stunden angesetzt. D.h. die Bauern müssen rund 61 Tage mehr arbeiten, um einen echten Vergleich bei den Einkommen darstellen zu können. Wie vertrottelt ist das?!!! **Real liegt das Einkommen der Bauern nach Abzug der SV-Beiträge (rund 12.000 Euro) bei 20.146 EUR (2022)**

*) Diese Zahlen sind alle bei der Statistik Austria nachzulesen – erfasst bis 2021!

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/jaehrliche-personeneinkommen>

Setzt man also die aufgezeigten Zahlen und Geldmengen in Relation zu den Bauerneinkommen, dann gibt es kein Verständnis mehr für jede neue Auflage, jede neue Schikane und gleichzeitig jede neue Kürzung bei den Agrargeldern. Das Gerede betreff heimische, regionale Versorgungssicherheit kann man sich sparen. Diese ist nicht mehr gegeben.

Wenn die Rahmenbedingungen so gut sind, warum sind so viele Betriebe weg? Es ist auch kein Ende in Sicht. Auf der Basis der aktuellen Pläne der EU-Agrarpolitik sind in 10 Jahren noch rund 30.000 der jetzigen Betriebe als aktive Bauern tätig. Der Rest ist weg, weil sie wirtschaftlich ruiniert werden. Wenn sich daher nicht sofort die Agrarpolitik, ihre Akteure und damit die Spielregeln für uns Bauern ändern.

Dafür kämpfen und engagieren wir uns als UBV – unentgeltlich! Wir zahlen praktisch alle Aufwendigen aus der eigenen Tasche. Damit das auch einmal klar gesagt ist. Wir leben aber von dem, was wir auf den Betrieben erwirtschaften. Wir fordern angesichts der bevorstehenden Wahlen von der Politik keine Zukunftsbilder oder Visionen, sondern Fakten. Konkret:

1) EU – RENATURIERUNGSGESETZ:

Ein klares NEIN zur aktuellen Form der Renaturierung – die nimmt tausenden Bauern die Existenz

2) EU – ENTWALDUNGSVERORDNUNG

Ein klares NEIN zur EU-Entwaldungsverordnung, sie ist wie die Renaturierung eine Entmündigung wie Enteignung der Bauern

3) UMSETZUNG NITRAT RICHTLINIE:

Ein klares NEIN zur Zwangsverpflichtung durch die Landwirtschaftskammer für die bodennahen Gülleausbringung mit Separierung. LK und Ministerium treiben die Bauern wieder in eine Schuldenfalle und droht den Bauern, wer nicht mitmacht, der bekommt keine ÖPUL-Förderung mehr. Denn nur diese Lösung würde die Nitratrichtlinie erfüllen. Ohne wissenschaftlichen Beweis werden die Bauern falsch informiert, weil sich das LK-Mitarbeiter so einbilden. Unterstützt von Ministerium und AMA. Ein alternativer Vorschlag mit wissenschaftlicher Belegung, dass die Gülleverflüssigung mit Wasser eine deutlich bessere Bilanz die Nitrat Richtlinie betreffend bringt, wird von der LK und von dem Ministerium zugeordneten Stellen (Raumberg-Gumpenstein) ohne Fakten mit Gewalt verhindert.

4) STOPP der überwuchernden VERWALTUNG:

Die Verwaltung – Auflagen und Überwachung inklusive sind mindestens um 50% zu kürzen. Trotz Digitalisierung gibt es immer mehr Beamte und Hürden sowie Schikanen gegen die Bauern, gleichzeitig sinken die Einkommen sinken!

5) KEINE FÖRDERUNG MEHR OHNE KLARE SPIELREGELN ZUM GELDVERDIENEN

Wir wollen keine Förderungen ohne klare Änderung der Spielregeln. Aktuell sind alle „Förderungen“ meist nur mehr Schuldenfallen für die Bauern. Weil die bestehenden Spielregeln die Bauern kein Geld verdienen lassen, womit man die Investitionen in kurzer Zeit zahlen kann.

6) ABGELTUNG ALLER LEISTUNGEN DER BAUERN

Was ist 1 Hektar Kulturland wert? Die Bauern arbeiten viel, verdienen aber nichts. Wir haben schon vor Jahren ein konkretes Modell auf den Tisch gelegt, welches eine klare Abgeltung unserer Leistungen fordert – verbunden mit konkreten, umsetzbaren Vorschlägen. Gestaffelt und fair. Wenn es für Beamte bei drei Lohnerhöhungen mit über 3 Mrd. Volumen Geld ohne Ende gibt, dann muss das auch für die Bauern möglich sein. Für Beamte gibt es rund 17,5 Mrd. im Jahr. Die Wertschöpfung bei Beamtenjobs ist überschaubar. Für die Landwirtschaft gibt es ein Agrarbudget von knapp über 3 Mrd. Es braucht keine weiteren Fragen.

7) ABGELTUNG der CO2 Speicherung

Die Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die CO2 speichert und Sauerstoff erzeugt. Das erfolgt mit der aktiven Landbewirtschaftung. Das macht sonst niemand. Der CO2 Zertifikatshandel wird aber derzeit von anderen gemacht. Vor allem von Automobilkonzernen. Die Arbeit machen wir, kassieren tun andere. Wir wollen daher eine konkrete Leistungsabgeltung dafür. 250 Euro je Hektar, indexgebunden. Wir speichern je Hektar Land mindestens 10 Tonnen im Jahr an CO2. Für die Tonne rechnet man heute rund 45 Euro/Tonne. Wir verrechnen nur 5 Tonnen!

8) ECHTE SPIELREGELN – RAHMENBEDINGUNGEN

Derzeit gibt es keine fairen Spielregeln am Markt. Wir fordern diese aber ein. Dazu gehört der Stopp des Imports von Lebensmitteln, die nicht mit den gleichen Auflagen wie bei uns hier, erzeugt werden. Und eine klare Kontrolle dazu. AMA, AK, LK sollen das kontrollieren und nicht täglich jedem Bauern unterstellen, er würde unseriös arbeiten. So kommt das nämlich bei vielen Aussagen bei uns an. Wer Wettbewerb und Markt will, der muss für gleiche Spielregeln für alle sorgen. Alles andere ist Pharisäertum. Das geht weder im Sport noch z.B. in der Automobilbranche. Wie es funktioniert, sieht man an der OPEC. So muss es auch für uns sein.

9) ERHÖHUNG der UST auf 20% sowie ABGELTUNG DER INFLATION

Nachdem wir derzeit weder bei öffentlichen Leistungszahlungen noch bei unseren Erzeugnissen eine Abgeltung der Inflation haben, fordern wir eine Erhöhung der UST bei landwirtschaftlichen Produkten auf 20%. Damit kann man kurzfristig die Einkommen rasch erhöhen. Dazu fordern wir eine Abgeltung der Inflation auf alle öffentlichen Leistungszahlungen – rückwirkend.

10) NICHT RÜCKZAHLBARES INVESTITIONSPAKET

Wir fordern eine nicht rückzahlbares Investitionspaket je Betrieb. Gerechnet wird dies nach der Formel – 1.500 Euro/Monat hochgerechnet auf 1 Jahr je MA in der Land- und Forstwirtschaft. Rund 400.000 Menschen sind im System zu berücksichtigen. Das sind dann 15.000 Euro im Jahr – bei 400.000 Personen beträgt das Investitionspaket dann rund 6 Mrd. Euro. Das ist auf dir rund 100.000/110.000 Betriebe umzulegen, d.h. je Betrieb rund 60.000 Euro. Das Geld bekommt jeder Betrieb, der in Österreich mit österreichischen Firmen arbeitet. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Investitionen verdoppeln bis verdreifachen. Bei 12 – 18 Mrd. Euro sind dies dann mindestens 2,4 bis 4,8 Mrd. Euro an Steuerrücklauf. Damit wird das Investitionspaket aus Steuererlösen fast von selbst finanziert. Das ist ein Wirtschaftsmotor für den ländlichen Raum. Da leben rund 55% der Österreicher.

11) REFORM VON AMA UND KAMMER

Wenn wir nicht wollen, dass es weiter ein Bild des Jammerns ist, braucht es eine klare Reform der AMA und der KAMMER. Nachdem beide am Tropf direkt oder indirekt des Ministeriums hängen, bedeutet dies eine echte Reform der aktuellen Dreifaltigkeit, welche die Bauern im Schwitzkasten haben. Alle Organisationen verselbstständigen sich immer mehr für die Eigeninteressen. Auf der Strecke bleibt der Bauernstand, die tausenden bäuerlichen Familien. Sie müssen wieder Dienstleister an ihren Auftraggebern werden und nicht ständig, wie aktuell, die Bäuerinnen und Bauern mit Hürden, Auflagen, Sanktionen, Kontrollen und Strafen wie die Plagen in der Bibel schikanieren und drangsalieren!

Dies sind die wichtigsten Punkte einer langen Liste, die man abarbeiten muss, wenn die aktuellen Bauern nicht im wahrsten Sinn des Wortes die letzten eines legendären Berufsstands sein sollen! Ändert sich nichts, wird der Bauernstand bei uns in den Alpen enden. Die Versklavung findet aktuell bereits statt, Kudlich rotiert im Grab!

Barbara KAPAUN-LERCHBAUM

neue UBV-Landeskammerrätin für Murtal und Mürztal

Bei der letzten Kammervollversammlung der LK Steiermark erfolgte die Angelobung von Barbara Kapaun-Lerchbaum aus Mautern im Bezirk Leoben. Sie war bisher bereits Bezirkskammerrätin in Leoben und folgt nun Josef Gottlieb Wallner aus Murau nach, der aus gesundheitlichen Gründen einen Schritt zurück gemacht hat. Mit Barbara Kapaun-Lerchbaum vertritt erstmals aus den UBV-Reihen eine Bäuerin die Interessen der Bauern auch in der Landeskammer. Barbara bewirtschaftet mit ihrem Mann Hannes einen Betrieb mit den Schwerpunkten Eier, Masthendl, Ochsenmast und Grünlandwirtschaft sowie Forst und Direktvermarktung. Sie stammt zudem aus einem engagierten Bauernhaus, auch ihre Mutter Burgi Kapaun war bereits als Kammerrätin im Bezirk Leoben tätig. Damit hat sich der UBV nach dem notwendig gewordenen Wechsel durch das gesundheitsbedingte Ausscheiden von Josef Gottlieb Wallner, in der Landeskammer für das Murtal/Mürztal neu aufgestellt. Mit Barbara Kapaun-Lerchbaum und jüngst in der Südoststeiermark Martin Pfeifer rücken zwei hervorragende Vertreter für die Bauern nun in die erste Reihe beim UBV. Gemeinsam mit dem bewährten Obmann Hans Ilsinger und dem sachkundigen Kassier Gerhard Mariacher bilden sie ein sehr schlagkräftiges Team für die Zukunft.

5

Rudolf GUTJAHR

neuer UBV-Sprecher für das Mürztal.

Mit dem Mürztaler Rudolf Gutjahr aus Sölsnitz bei Kindberg haben wir im Mürztal einen neuen Mitstreiter. Rudi ist der neue UBV Sprecher für die Region Mürztal. Er sieht sich vor allem auch für den Bereich der „Nebenerwerbslandwirte“ zuständig, weil er selber jahrelang als solcher seinen Beruf ausübte bzw. ausübt. Rudi ist neben seinem Beruf als Bauer mit den Schwerpunkten Pferde, Rinder, Grünland und Wald ein ausgebildeter Meister für Metalltechnik. Er ist auch seit jungen Jahren immer wieder in der Öffentlichkeit engagiert, beginnend in der Landjugend, wo er einst Landesobmann der Landjugend Steiermark sowie BO Stellvertreter bei der Landjugend war.

Danach hat er jahrelang als Betriebsratsvorsitzender sowie Europabetriebsrat bei der Purmo Group sein Können, sein Wissen und sein Engagement eingebracht. Das Mitwirken in der Arbeiterkammer hat ihm auch ermöglicht, in nicht unbedingt bäuerlichen Gremien sein Wissen über den Bauernstand einzubringen. Wir freuen uns, dass der Biobauer, der bei den Gewerkschaften das harte Verhandeln aus dem ff kennt und gelernt hat, sich nun beim UBV engagiert und bei uns seine Expertise für die Bauern einbringt.

BU 1: UBV-Landeskammerräte von rechts: Martin Pfeifer, Johann Ilsinger – UBV Steiermark Obmann, Barbara Kapaun-Lerchbaum und Mag. Gerhard Mariacher



6

BU 2: UBV Mürztal Sprecher Rudi Gutjahr (Mitte) mit dem Unternehmer Josef Joschi Kaltenegger und LKR Mag. Gerhard Mariacher beim Besuch in Brüssel in der Generaldirektion Landwirtschaft bei GD Wolfgang Burtscher, wo der UBV ein mächtiges Paket an Anliegen wie Forderungen hinterlegte.



UBV Steiermark: LKR Johann Ilsinger, UBV-Obmann Steiermark, Tel.: +43 664 1065 065

Über den Zustand des Bauernstandes

Bauern sind wütend-verbittert-resigniert-entwurzelt-entrechtet-gedemütigt-entmündigt

Wir, viele oder die meisten österreichischen Bauern sind heute, 29 Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 desillusioniert, verbittert, empört, wütend, verzweifelt, resigniert, ermüdet, kaputt, frustriert, entwurzelt, entrechtet, entmündigt, gedemütigt, ihrer Existenzen beraubt. Wir haben die EU-Agrarpolitik GAP, die als einzige gemeinsame Politik in Europa einst als positiv gesehen wurde, satt. Und zwar so, wie sie gestaltet ist, komplett satt.

7

Und nein, wir sind keine Pessimisten, im Gegenteil. Wir Bauern, unser Berufsstand ist der flexibelste, modernste und fleißigste gemessen an den Zumutungen der letzten 100 Jahre. Wir sind die einzigen, die das Land und seine Regionen seit Jahrhunderten gestalten, verwalten, pflegen und kultivieren. Wir schaffen gratis die von allen Bürgern geschätzte Schönheit unserer Kulturlandschaft.

Wir sind jene Berufsgruppe, die dafür sorgt, dass durch unseren Schweiß, unseren sorgsamem Umgang, unseren Fleiß – mit unserem Wissen und unserer Verantwortung ein derart schönes, wunderbares Land als Rahmen zum Leben bereitgestellt wird. Und: noch sind wir imstande, den Großteil der wichtigsten Arbeit zu erledigen, nämlich unser Land mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen. Die Frage, die wir uns täglich stellen ist jedoch, wie lange noch?

Wenn wir von „noch“ sprechen, dann deshalb, weil der zur Einleitung geschriebene Gemütszustand unserer Meinung nach in den nächsten 5-10 Jahren bei den Agrarbetrieben – also unseren Bauern bzw. deren Höfen einen Kahlschlag – sprich ein Zusperrern der Betriebe zur Folge haben wird, den wir in unserer Geschichte in den letzten beiden Jahrhunderten so nicht erlebt haben!

Aus der Hoffnung für Perspektiven durch den EU-Beitritt wurde für die Bauern ein Desaster

Als wir uns 1994 nach hunderten Diskussionen mit der Abstimmung mehrheitlich für einen EU-Beitritt entschieden haben, waren wir auf Grund der damals geltenden Spielregeln bzw. bestehenden Rahmenbedingungen in der EU vorsichtig optimistisch, dass dieser Schritt auch aus der Sicht der Bauern gewagt werden kann bzw. Sinn macht.

Heute, knapp 30 Jahre später müssen wir voll Bitterkeit erkennen und feststellen, dass diese EU und die sogenannte EU-GAP vielen Bauernhöfen und damit vielen bäuerlichen Existenzen nicht Mut machte, sondern Betriebe zu tausenden ökonomisch ruinierte bzw. deren Existenzen vernichtete.

Die in Europa mit der Bauernbefreiung durch Kudlich im 19. Jahrhundert „frei“ gewordenen Bauern sind heute mehr denn je versklavt. Sie tragen ein Joch der Ausbeutung auf Grund unakzeptabler, untauglicher Spielregeln bei den Erzeugerpreisen, dass sie wirtschaftlich fast erdrückt oder schon erdrückte. Dazu müssen die Bauern einen Riesenrucksack an Bürokratie ertragen bzw. erdulden, der tausende Bauern dazu bewegt, die Stalltüre zu schließen, die Bewirtschaftung der Höfe zu beenden.

Es gibt kein freies Handeln und Wirtschaften mit praxistauglichen Rahmenbedingungen und Spielregeln. Im Gegenteil: wir werden von ideologisch geprägten, völlig praxisfremden und fachlich komplett unwissenden zentralistischen Vorgaben und Kontrollen überrollt. Man hat den Eindruck, ein von Brüssel neuer kreierter, gesteuerter Kommunismus wird auf Bauern und Bürger losgelassen.

Die EU-GAP hat innerhalb weniger Jahrzehnte geschafft, was davor weder Seuchen, Kriege, die schlechte Witterung oder die industrielle Revolution schafften: Den einst stolzen Bauernstand in seinen Grundfesten zu erschüttern und sie fast zu tausenden von den Höfen zu vertreiben. Die noch „verblieben Bauern“ werden praktisch zum „versklavten“ Rohstoffbereitsteller zu degradiert.

8

Keiner ist verantwortlich/will verantwortlich sein, doch: Wo soll das hinführen?

Der Weg von uns nach Brüssel ist eine Notwehraktivität. Wenn die gewählten Vertreter ihre Arbeit nicht tun oder ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und nur kurz vor allfälligen Wahlen Aktivität vortäuschen, dann muss man sein Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Wir sehen dabei nicht im Dreschflegel oder in der Mistgabel – symbolisch für den Kampf um unsere Anliegen genannt – das richtige Werkzeug für Veränderungen der untragbaren Zustände. Noch nicht. Wir meinen, dass man zu den offenen Fragen, Problemstellungen konkrete Lösungen auf den Tisch legen müssen. Unsere Vertretung tut das nicht. Sie redet sich in der Regel darauf aus, man müsse tun bzw. umsetzen, was von Brüssel vorgegeben wird.

Es gilt: Wo ein Wille, da ein Weg. Wo kein Wille, da Ausreden.

Wir zeigen am konkreten Beispiel auf, was nicht passt und wie es geändert werden muss. Unsere Lösungsvorschläge sind alle umsetzbar. Wenn man will. Wir übermitteln nachstehend eine Zusammenfassung der aktuellen Themen aus unserer Sicht, die dringend einer Lösung für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Forstwirte und damit der Einkommen der bäuerlichen Familienbetriebe ermöglichen.

Unsere Themen und Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die große Anzahl an offenen, nicht erledigten Themen wie Punkten zeigt aber unmissverständlich auf, dass es bei den Bauern eine totale Schieflage bei den Einkommen gibt. Weil die Rahmenbedingungen und Spielregeln nicht passen. Die Situation der Bauern ist dramatisch schlecht, auch wenn das von Standesvertretungen schlichtweg verschwiegen oder weggedrückt wird.

UBV-Programm als Richtschnur für praxistaugliche Lösungen – also Bauern-Einkommen

Wir haben bereits Ende 2017 im Zusammenhang mit der aktuellen neuen GAP alle wichtigen Themen und Punkte schriftlich zusammengefasst und konkrete Lösungsvorschläge festgehalten. Das wird vielfach als Majestätsbeleidigung gesehen.

Ausreden dominieren bis auf wenige Ausnahmen die Reaktionen auf alle notwendigen Korrekturen der aktuellen Vorgaben und Pläne aus Brüssel rund um die GAP, wenn man „Bauernvertreter“ damit konfrontiert. Und sie betonen: „Da könne man nichts machen, das komme aus Brüssel, die GAP sei alternativlos.“ Daher sind wir nun hier in Brüssel, wenn hier die Musik spielt!

Wenn es also um die GAP geht, gehen wir davon aus, dass in der Generaldirektion Landwirtschaft die meisten Weichen gestellt werden oder auch neue Geleise erfunden werden, weil dies da oder dort ein politischer Wunsch ist. Egal ob er tauglich ist oder nicht.

Wir wiederholen uns, aber wir brauchen echte Lösungen. Keine Absichtserklärungen, keine Totalüberwachung, keine weltfremden ideologisch Träumereien. Wir brauchen Lösungen und ein echtes Regelwerk an Spielregeln wie Rahmenbedingungen, die auch funktionieren.

Sport als gutes Beispiel – wie Spielregeln – und Rahmenbedingungen fair sind

Beliebte Ausreden für komplette Fehlentwicklungen sind immer wieder auch die angeblichen Marktspielregeln. Nun wir wissen alle, dass diese Spielregeln – es steckt ja schon das Wort Regel dahinter – keine Gottesgesetze sind, sondern von Menschen erdachte Ungerechtigkeiten. Es regelt also nicht der Markt z.B. Preise, sondern es regelt am Markt jenes Gesetz, welches in den Parlamenten in Brüssel oder in den Nationalstaaten verabschiedet wurde.

Die meisten Regeln für die Märkte sind aber ausschließlich für Konzerne gestaltet wie gerichtet und nicht für Bauern. Die Bauern stehen augenscheinlich dem Großkapital und den dahinterstehenden Institutionen, Verbände, Organisationen, Finanzkonglomerate, Banken – die ganze Finanzindustrie bzw. jene, welche diese steuern.

Würde man im Sport die gleichen Mechanismen anwenden, wie dies derzeit bei allen Themen rund um die Bewirtschaftung von Land, die Erzeugung von Lebensmittel und den Handel gehandhabt wird, dann würde es keinen Sport geben!

- ✓ Ein 100 Meter Lauf hat weltweit 100 Meter. Unterschiede kann es beim Belag, also der Lauffläche, der Höhenlage oder sonstigen Themen geben. Aber 100 Meter bleiben 100 Meter.
- ✓ Oder bei der Formel 1. Da wird jede Millimeter Abweichung sofort bestraft. Wer bei den Rennen z.B. über den Rand der Strecke hinausfährt, bekommt Strafsekunden.
- ✓ Im Skisport ist von der Bindungsplatte bis zum Sprung-Anzug alles strengstens vorgegeben, geregelt und wird streng kontrolliert.
- ✓ Oder das Beispiel Automobil, wo bei den ganzen internationalen Handelsabkommen die Landwirtschaft die großen Gewinne der europäischen Autobauer und Aktionäre der Konzerne zahlen darf: Alle Fahrzeuge sind in der Technik genormt und jede Marke ist die eigene Marke.

Wenn es um Lebensmittel geht, dann gelten plötzlich diese Grundsätze und Vorgaben an Spielregeln nicht. Man drangsaliert – am Beispiel Österreich mit dem Hinweis der Vorgaben aus Brüssel die Bauern Tag und Nacht. Wir haben die strengsten Vorgaben z.B. bei der Tierhaltung hier. Wenn es dann darum geht, was steht im Regal im Supermarkt, gilt das alles nicht mehr. Es ist völlig egal, welche Produktionsstandards gegeben sind. Hauptsache billig.

Da ist es völlig egal, auf welchem Transport Lebensmittel aus anderen Regionen nach Europa, in die EU kommen. Weder Flugbenzin noch Schiffstreibstoffe sind seit dem 2. Weltkrieg besteuert. Niemanden kümmert ein gewaltiges Plus bei den gesamten Transporten und den damit einhergehenden Abgasen. Aber die Kühe am Bauernhof bringen das Klima aus dem Gleichgewicht.

Man unterstellt den Bauern, sie seien Hauptverantwortliche für klimatische Veränderungen – und schon wieder erfindet man eine Regel, die Bauern – aktuell konkret die Waldeigentümer zu entmündigen, zu enteignen. Mit einer sogenannten EU-Entwaldungsverordnung. Am konkreten Beispiel sollen EU-Waldbauern die Zeche für untaugliche internationale Handelsabkommen zahlen. Handelsabkommen, die möglicherweise am gleichen Schreibtisch in Brüssel – oder zumindest im gleichen Gebäude entwickelt, erfunden wurden.

Schlechte Spielregeln und Rahmenbedingungen = schlechte Einkommen

Es würde den Rahmen dieses Schreibens sprengen, alle Beispiele aufzulisten, die man aufzeigen muss. Viele Themen sind im UBV-Programm, welches wir heute auch mit übergeben dürfen, niedergeschrieben. Das Desaster bei den Einkommen der Bauern ist aber dramatisch. Wenn wir über den Tellerrand zu den Berufskollegen in andere Länder blicken, so ist das in der Regel gleich schlecht. Wir nehmen logischerweise vor allem Bezug auf die Situation in Österreich.

Und wenn man sich das zu Gemüte führt, dann hat man schon ein sehr deutliches Sittenbild, welches geringen Stellenwert der Bauernstand derzeit hat. Es gibt nur Neid für einige Ausgleichszahlungen, damit die Bürger billig essen können. Und Ausreden für das Versagen bzw. nicht passender Spielregeln. Wie eine regionale Ernährungssicherung wirklich erhalten bleiben soll, ist – so scheint es – egal. Man bekommt eh alles im Supermarkt.

Brotkrumen für die Bauern – Milliarden für den Rest

Am Beispiel Österreich möchten wir kurz aufzeigen, wie groß die Schieflage bei den Einkommen der Bauern wirklich ist. Leider hat man den Eindruck, dass die Land- und Forstwirtschaft der Bundesregierung mehr oder weniger egal ist. Wenn man mit ein paar neuen Maßnahmen den Eindruck erweckt, es würde für die Bauern wieder neue Millionen regnen, dann wollen wir diesem öffentlichen Eindruck massiv widersprechen.

- **Das berühmte Impulspaket** in der Höhe von rund 90 Mio. Euro im Jahr oder 360 Mio. Euro in 4 Jahren. Aus unserer Sicht ist das (k)ein Impulsprogramm, sondern eine Frotzelei der Bauern. Während es für jede andere Sparte im Land Milliarden gibt, werden die Bauern mit Brotkrumen oder Brösel von der Regierung und ihren eigenen Vertretern abgespeist. Das ist ein reiner Pflanz. Im Land klopfen sich die „Agrarpolitiker“ über einen vermeintlichen Coup für Agrargelder auf die Schultern. Großartiges sei gelungen. Rund 360 Millionen Euro – 90 Millionen Euro im Jahr. konnte man im Landwirtschaftsministerium lockermachen. Von den Ländern kofinanziert. Die „Tüchtigen der Agrarpolitik“ haben in ihren Augen wieder einmal eine Glanzleistung zustande gebracht, so sehen sie es zumindest.
- **Die Realität für die Bauern ist beinhart.** Wenn man positiv denkt, kann man das Bemühen ableiten, man will eine Inflationsabgeltung entwickeln. Eine UBV-Forderung seit dem Jahr 2017. Setzt man die vom „Bauernvertretern“ gefeierten „Millionen“ ins Verhältnis zu erbrachten Leistungen, dann sind das ca. 1.000 € je Betrieb und Jahr – für rund 86.000 Betriebe (Bergbauern, ÖPUL-Teilnehmer). Bei Betrieben mit 25 ha sind dies 40 € je ha.

○ Wenn man will, regnet es genug Geld

Um etwas besser zu verstehen, warum der UBV von einer Frotzelei für die Bauern spricht, einige Beispiele zum Vergleich.

- ✓ Für das „Straßenrandmähen“ von Autobahnen, Bundesstraßen usw. gibt es im Jahr 62.000 € je ha.
- ✓ Für die AUA gab es rund um die Turbulenzen, während COVIT Maßnahmen und dem verhängten Flugverbot rund 79.000 € je Mitarbeiter an Geld vom Staat. Das Geld wurde nicht zurückgezahlt.
- ✓ **Für die österreichischen Parteien genehmigte man sich im Jahr 2023 rund 237 Mio. Euro.** Wenn es also um die Interessen der Politiker geht, spielt Geld für Politiker keine Rolle. Nimmt man die Werbemillionen dazu, die sich Ministerien bzw. Bundesregierung genehmigen, dann kommen noch rund 50 Mio. Euro im Jahr dazu. **Man kann also davon ausgehen, dass sich die Politik im Jahr allein rund 300 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt genehmigt.**
- ✓ **Beispiel Beamte:** Die Beamten gehören sicher zu jenen, die gut verdienen. Dem Staat Österreich sind die Leistungen der Beamten trotz großer Einkommen 2024 zusätzlich 1,5 Milliarden wert. 2023 war es schon eine Milliarde Euro mehr an Gehalt, 2022 waren es knapp 450 Mio. Euro. **D.h. für die Beamten gab es in 3 Jahren ein Plus beim Geld von rund 3 Mrd. Euro**, das ist in etwa der Betrag des österreichischen Agrarbudgets in einem Jahr. **Seit 2017 sind dies insgesamt rund 4,3 Milliarden mehr an Gehalt.** D.h. für die Beamten (rund 230.000 Personen) gibt es mit 1,5 Milliarden Lohnaufstockung für 2024 rund die Hälfte des aktuellen Agrarbudgets von rund 3,1 Mrd. im Jahr.

[Die gesamten Lohnkosten im öffentlichen Dienst erhöhen sich damit in Österreich 2024 auf 17,68 Milliarden Euro. Es ist also genug Geld da, wenn man will!](#)

11

Ein Blick in die Statistik zeigt, wo die Bauern im Vergleich mit anderen Berufen beim Einkommen stehen.

Vergleich Brutto-Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr*):

- Arbeiter und Arbeiterinnen 30.030//13.434 EUR
- Angestellte 49.642//26.953 EUR
- Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde) 43.971//34.134 EUR
- Beamte und Beamtinnen 61.673 EUR
- Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet die Bauerneinkommen (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet mit 32.146 EUR schön. Dazu kommt, für die Berechnung der Bauerneinkommen werden 2.160 Arbeitsstunden im Jahr angesetzt, im restlichen Vergleich werden 1.670 Stunden angesetzt. D.h. die Bauern müssen rund 61 Tage mehr arbeiten, um einen echten Vergleich bei den Einkommen darstellen zu können. Wie vertrottelt ist das?!!! **Real liegt das Einkommen der Bauern nach Abzug der SV-Beiträge (rund 12.000 Euro) bei 20.146 EUR (2022)**

*) Diese Zahlen sind alle bei der Statistik Austria nachzulesen – erfasst bis 2021!

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/jaehrliche-personeneinkommen>

Setzt man also die aufgezeigten Zahlen und Geldmengen in Relation zu den Bauerneinkommen, dann gibt es kein Verständnis mehr für jede neue Auflage, jede neue Schikane und gleichzeitig jede neue Kürzung bei den Agrargeldern. Das Gerede betreff heimische, regionale Versorgungssicherheit kann man sich sparen. Diese ist nicht mehr gegeben. Man muss davon ausgehen, dass sich die Bauern mit den aktuellen Vorgaben und Spielregeln in den nächsten 5 Jahren bzw. bis zum Ende der aktuellen GAP-Periode noch einmal halbieren. Wenn man verhindern will, dass in den Geschichtsbüchern im Jahr 2040 steht, in Österreich oder in Europa gab es auch einmal Bauern, der muss jetzt, sofort handeln.